

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 3/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheimer Politik- und Haushaltskrise: Die Hoffnung stirbt zuletzt?

Die Nachkriegsweltordnung scheint auseinanderzubrechen. Die USA und Europa gehen zusehends getrennte Wege, die USA selbst sind gespalten und blockiert, die EU nicht minder, das Brexit-Theater ist beschämend und an vielen anderen Stellen der Erde setzen sich Diktaturen fest, werden Konflikte brutal und gewalttätig ausgetragen wie im Jemen, in Venezuela, Südsudan u.v.v.v.m.. Der Weltwirtschaft droht eine Rezession und auch in Deutschland sind Wirtschaftsboom und sprudelnde Steuereinnahmen merklich abgekühlt. Die um ihre Macht bangenden ehemaligen Volksparteien aber sind nur mit Steuergeschenken beschäftigt, denn es drohen EU- und Landtagswahlen.

Ein ganzes Stück weiter in den absehbaren Verteilungskämpfen ist die Stadt Mülheim, bei der auch der jahrelange Wirtschaftsboom nicht genutzt wurde, um für schwerere Zeiten vorzusorgen, im Gegenteil, **die Stadt wurde regelrecht vor die Wand gefahren. Die fantasie- und perspektivlose Grundsteuererhöhungsorgie ist ein offener Affront gegen die eigenen Bürger.** Dementsprechend demonstrierten auch sehr, sehr viele Menschen vor der Ratsitzung. Mehr dazu auf dem Einlegeblatt

Gerichtsverhandlung zum VHS-Bürgerbegehren am 25. März!

Ein weiteres Beispiel aus dem Mülheimer Tollhaus gegen den Bürgerwillen und fernab von Sinn und Verstand ist die willkürliche Schließung der VHS sowie die bürokratische Ablehnung des Bürgerbegehrens trotz 11.000 Unterschriften. Nun muss das Verwaltungsgericht Düsseldorf über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden. Die mündliche Verhandlung findet statt am Montag, dem 25. März um 11.15 in der Bastionsstr. 39, Raum 243.

Landschaftswächter im Naturschutzgebiet angegriffen und geschlagen

Wieder kam es zu einem ernsten Zwischenfall, sogar zu einem Konflikt inkl. körperlichen Übergriffen. Er endete mit einer Strafanzeige wegen Körperverletzung. Einer der ehrenamtlichen Mülheimer Landschaftswächter forderte zwei Frauen, die ihre Hunde in der Saarner Ruhraue ausführten, auf, die Hunde anzuleinen. Sie schlugen auf ihn ein. Eine Platzwunde auf seiner Stirn, eine noch größere hinter seinem Ohr und beide Unterarme lila gefärbt, denn die Blutergrüsse reichten vom Handgelenk bis hoch zum Ellenbogen. Der Mann beendete sein Ehrenamt umgehend. Wenn die Anfeindungen der Landschaftswächter so weiter gehen, werden sich kaum noch Menschen finden, die sich um das dringend benötigte Wohl von Natur- und Landschaftsschutz im Mülheimer Stadtgebiet kümmern.

Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge mit bereits 330.000 Unterschriften, tausende auch aus Mülheim !!!



Unterschriftenlisten zu der Volksinitiative können bis Mitte März auch im MBI-Büro unterzeichnet oder mitgenommen werden! "Nur" 66.000 Unterstützer sind nötig, damit der NRW-Landtag sich mit dem Anliegen befassen muss, Ende Februar waren es NRW-weit bereits über 330.000! Offiziell endet die Volksinitiative erst Ende Oktober 2019. Doch wegen der enormen Resonanz

werden wohl noch im März die Unterschriften überreicht und dann muss der Landtag entscheiden. Auf Initiative der MBI hat der Mülheimer Rat dazu eine Resolution beschlossen, siehe S. 3.

Auf den folgenden Seiten:

- Schulleitung Realschule Broich: Realitätsblinder Amtsschimmel bei der Bezirks"regierung" oder was?... S.2
 - Einstimmige Befürwortung der Ratsresolution zur Abschaffung der Strassenbaubeiträge auch in NRW... S. 3
 - Der Mülheimer Holzhaus-Skandal für Flüchtlingsunterkünfte S. 3
 - MBI-Konzept als Gegenfinanzierung für die Rücknahme der Grundsteuererhöhungsorgie S.4
- Einlegeblatt:** "Hallo, wir sind auch noch da, wir bezahlen euch und wir missbilligen eure Misswirtschaft"

Schulleitung Realschule Broich: Realitätsblinder Amtsschimmel bei der Bezirks"regierung" oder was?

Leiter der Realschule Broich in Mülheim muss Schluss machen

WAZ Mülheim, 30.1.19: "... Wolfgang Dahmen hat sehr für die Erweiterung und Sanierung seiner Schule gekämpft. Jetzt laufen die Bauarbeiten auf Hochtouren, aber das Ergebnis wird er nicht mehr als Verantwortlicher erleben. Wolfgang Dahmen hat am Donnerstag seinen letzten Arbeitstag an der Realschule Broich. Er hätte gerne verlängert, aber die Bezirksregierung nicht. Die letzten Schulstunden von Wolfgang Dahmen (66) finden in der Aula statt: Dort wird der langjährige Leiter der Realschule Broich am Donnerstagabend offiziell verabschiedet. Er hätte es gut und gerne noch eine Weile ausgehalten. Aber sein Vertrag wird nicht mehr verlängert."

Was geht denn hier ab, fragt man? Was sind denn das für Umgangsformen, auch noch in Zeiten, wo alle unisono und immer wieder Bildung als oberste Priorität betonen?

Landesweit werden Schulleiter händeringend gesucht und an einer Mülheimer Schule, die bisher gut und ausgesprochen erfolgreich lief und noch läuft, obwohl sie inzwischen zur riesigen, jahrelangen Baustelle wurde, darf der Schulleiter nicht weitermachen, obwohl er sich angeboten hatte? Die sog. (demokratiefremde) Bezirks"regierung" als einstellende Behörde weigert sich strikt, seinen Vertrag zu verlängern, bis das Riesenumbauprogramm fertig gestellt sein wird. Schließlich waren er und die Schulgemeinde sehr engagiert beteiligt, dass nach jahrelanger Vernachlässigung endlich ein brauchbares und angemessenes Umbauprogramm in erheblicher Dimension zustande kam! Das Engagement der gesamten Schulgemeinde der RS Broich war vorbildlich und eigentlich hätte der SL dafür eine Ehrung und Auszeichnung sowohl auf städtischer wie auf Landesebene verdient.

Doch anstelle dessen wird sein Angebot barsch ausgeschlagen und Kollegium, Schüler und Eltern nicht nur vor den Kopf gestoßen, sondern auch noch bis zur Verabschiedung des jetzigen SL völlig im Dunkeln gelassen, wer denn wann als der oder die neue Schulleiter/in an der RS Broich die SL übernimmt in schwierigen Zeiten der Großbaustelle.

Was um Himmels Willen geht in der Schulabteilung des RP vor sich? Nach welchen Kriterien werden denn dort in Zeiten von Lehrer- und erst recht Schulleitermangel Entscheidungen gefällt? Und wieso schaltete sich das übergeordnete Ministerium nicht ein, denn auch dort kannte man den Fall, u.a. durch etliche Eltern-eingaben, aber auch durch MBI-Bitten und -nachfragen.

Es ist auch schlichtweg unwürdig, dass selbst die Mülheimer Schulverwaltung am Montag, dem 27. Jan., im Bildungsausschuss auf die MBI-Nachfrage nur sagen konnte, sie wisse nicht, wer nach dem Abgang des SL 3 Tage später ihm folgen solle und dass sich 1 Person beim RP auf die erneute Ausschreibung beworben habe. Wer, wann usw. sei unbekannt. Nicht zu vergessen: Im Frühjahr war der erste Versuch bereits mit Pauken und Trompeten gescheitert, weil die einzige Bewerberin nicht geeignet war und sowohl von der Schulkonferenz wie dem Bildungsausschuss einstimmig abgelehnt worden war.

Man kann nicht verstehen, was genau die Schulabteilung des RP zu diesem indiskutablen Verhalten bewogen hat, das niemandem nutzt, sondern ohne Not allen schadet, auch dem/der zukünftigen Schulleiter/in der RS Broich.



Der bisherige Schulleiter war überaus beliebt und geachtet bei Lehrern, Schülern und Eltern. Uns ist auch nichts bekannt, dass er irgendeinen schweren Fehler begangen hätte, im Gegenteil, ihm lag immer das Wohl der Schule am Herzen.

Vielleicht aber hat die RP-Behörde ihm nicht verziehen, dass er sich zusammen mit seiner gesamten Schulgemeinde sehr intensiv engagiert hatte, als die Zukunft dieser überaus beliebten Realschule bedroht war. Womöglich haben die „Amtsschimmel“ in Düsseldorf ihm folgendes

Zitat in der WAZ vom 20.8.16 übel genommen: „Schulleiter Dahmen beklagt, dass mit der Sanierungsplanung abermals „eine geringe Wertschätzung“ gegenüber den Schülern deutlich werde. Die Unterbringung der Realschüler habe mittlerweile „Dritte-Welt-Charakter“. Dabei hatte er zu 100% recht und wer weiß, ob es ohne seine klaren, offenen Worte überhaupt zu dem großen Umbau- und Sanierungsprogramm für das gesamte Schulzentrum Broich gekommen wäre!

Der Mülheimer Holzhaus-Skandal für Flüchtlingsunterkünfte

23 Holzhäuser als Mülheimer Flüchtlingsunterkünfte hatten laut Angaben der Stadt einen Anschaffungswert von 18,3 Millionen Euro. Für die Erschließung seien nochmals 5,4 Millionen Euro ausgegeben worden. Die Stadtverwaltung will möglichst zeitnah insbesondere vier Holzhäuser am Klöttschen und an der Oberheidstraße umbauen, um sie als Kita zu nutzen, Doch die Umbaukosten sind enorm mit bis zu 800.000 Euro pro Hausmodul und bei der bankrotten Finanzlage der Stadt noch ungeklärt. **WAZ: "FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE - Nachnutzung der Holzhäuser: Dezernenten weisen Kritik zurück".**



Also: Die Stadt zahlte pro Holzhaus über 1 Million Euro! Wie bitte? Für eine Million Euro bekommt man selbst heute noch auf dem Immobiliensektor des Ruhrgebietes eine Villa samt schönem Garten in bester Grünlage. Die Stadt Mülheim bekam für eine Million Euro aber nur eine Holzhütte, eingepfercht zwischen anderen. Welch unfassbare Misswirtschaft ist das denn? Was ist denn da wirklich gewesen?

Neben den beiden SPD-Dezernenten Ernst ("Soziales") und Mendack (Kämmerer als Geldvernichter!?) müsste auch der Leiter des Immobilienservice, Herr Buchwald, als Einkäufer der Hütten, zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist nämlich alles nicht glaubhaft und die Zeiten aus 2016 sind vorbei, als der bloße Verweis auf die Notwendigkeit der Flüchtlingsunterbringung nicht nur jede Nachfrage bereits als unzulässig hinstellte, sondern auch noch jede Kritik als ausländerfeindlich brandmarkte. Die MBI möchten nur daran erinnern, wie regelrecht böse wir diffamiert wurden, nur weil wir Flüchtlingsunterkünfte auf dem Schulhof der Grundschule Blötterweg als unverträglich ablehnten.

Wundert es eigentlich noch jemand, dass die inzwischen bankrotte Stadt im Gegenzug nun die Grundsteuer um satte 39% auf rekordverdächtige 890% erhöht hat?

Einstimmige Befürwortung der Mülheimer Ratsresolution zur Abschaffung der Strassenbaubeiträge auch in NRW

Die MBI hatten folgende Resolution für den Stadtrat am 14.2.19 allen anderen Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern vorgeschlagen. SPD, Grüne und FDP wollten nicht mit unterzeichnen, signalisierten aber ihre Zustimmung. Die Mülheimer CDU beteiligt sich grundsätzlich nicht an Resolutionen, warum auch immer, und nahm dementsprechend demonstrativ nicht an der Abstimmung teil.

So wurde die Resolution dann auch ohne Gegenstimme wie folgt beschlossen:

Resolution zur Abschaffung des § 8 KAG

Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr fordert die Abschaffung des § 8 KAG NRW. An die Stelle des bisherigen Anteils der Anlieger muss dabei die Finanzierung über eine zweckgebundene Schlüsselzuweisung des Landes erfolgen.

Der Rat befürwortet ausdrücklich die Forderungen der Volksinitiative „Abschaffung der Straßenbaubeiträge“ des Bundes der Steuerzahler und er fordert den Oberbürgermeister auf, dies dem Landtag und der Landesregierung mitzuteilen.

Begründung

Die finanzielle Belastung der betroffenen Anlieger durch den Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Straßen ist teilweise existenzgefährdend. So können z.B. Rentner den Betrag nicht aufbringen und haben auch kaum die Möglichkeit, einen Kredit dafür aufzunehmen. Die Politik beklagt allgemein die geringe Quote der Eigentümer im Vergleich zu Mietern auch im EU-Vergleich. Andererseits werden eben diese Eigentümer für die Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur sehr stark und mit steigender Tendenz in Anspruch genommen. **Die Heranziehung der Straßenanlieger zur Finanzierung des Unterhalts der Straßen führt zu großen Ungerechtigkeiten, da die Verteilung nicht verursachungsgerecht ist.** Der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur sollte allgemein Aufgabe des Landes sein, wobei nur die Ersterschließungs- und Anschlussgebühren wie bisher von den Anliegern getragen werden.



MBI-Konzept für die Rücknahme der Grundsteuererhöhungsorgie

Mülheim ist ein Notfall und bzgl. der heillosen Überschuldung muss eine Art „Katastrophenhilfe“ her zum Einstieg in nachhaltige Haushaltssanierung.

Die WAZ hatte u.a. die MBI gebeten, Vorschläge für die Beseitigung des Haushaltslochs anzugeben, wenn die Stadt auf die Grundsteuererhöhungsorgie von 39% verzichten würde. **Doch bei dem Haushaltsdesaster der Stadt ist es bereits bildlich gesprochen „5 nach 12“ und da ist es logischerweise nicht wirklich möglich, Vorschläge zu machen, wie man kurzfristig wieder zumindest auf „5 vor 12“ kommt.**

Vorab: Über viele Jahre haben die MBI auf die Ursachen hingewiesen und eindringlich vor dem absehbaren Absturz gewarnt. Aussagekräftiger als jährliche Schönrechnereien für fiktive Haushaltsausgleiche irgendwann sind ohnehin die Gesamtergebnisse der Etatplanung, z.B. was die Entwicklung der Kassenkredite und des Eigenkapitals betrifft. Dass jahrelang nichts geändert wurde, ist schlichtweg unbegreiflich, weil Mülheim seit 2013 ein negatives(!) Eigenkapital (inzwischen bereits ca. 550 Mio. €!!!) aufweist, was eigentlich grundsätzlich nicht zugelassen werden dürfte! Kein Mülheimer Kämmerer, keine Finanz“aufsicht“ beim RP hat bisher aus dieser unerlaubten sogar bilanziellen Überschuldung die dringend erforderlichen strukturellen Änderungen auch nur angedacht.

Deshalb steht das Land NRW, das bekanntlich für seine Kommunen haftet, für die MBI genauso als Verursacher des Desasters fest.

Die Mülheimer Ratsmehrheit hat eine völlig unverhältnismäßige Grundsteuererhöhung beschlossen, der nächste kontraproduktive Irrweg, fantasie- und perspektivlos sowie höchst unsozial. Und Kämmerer wie Ratsmehrheit berufen sich auf den RP, der das mehr oder weniger erzwungen hätte oder aber würde, wenn das Land einen Sparkommissar schicken würde. Dieser Art von „schwarzem Peter“-Spiel oder gegenseitiger vermeintlicher und nur vorgespeltes „Pistole auf die Brust setzen“ sind die MBI und viele Mitbürger überdrüssig, denn es führt nur weiter und tiefer in die Sackgasse.

Jetzt, nachdem der Katastrophenhaushalt 2019 beschlossen wurde und die eingestellten Gelder bereits ausgegeben werden, Vorschläge zu machen, wo man auf die Schnelle bis zu 16 Mio. herzaubern kann, ist logischerweise schwer möglich. Die Kämmererei und die Ratsmehrheit hatten nach dem Desaster bereits mit dem Etat für 2018 ein ganzes Jahr Zeit, an die ersten Stellschrauben der ansonsten hoffnungslosen Haushaltspolitik heranzugehen. Doch auch das Jahr 2018 wurde wieder verplempert u.a. mit monatelangen unwürdigen Zänkereien um den OB, den man absägen wollte, aber nicht konnte. Auch bei der Dezernentenwahl wollte die Ratsmehrheit nicht innehalten. Der notwendige Neuzuschnitt von Dezernaten wurde dafür schlichtweg ad acta gelegt. Für ein „Weiter wie gehabt“ wollen die Bürger verständlicherweise nicht noch mehr „bluten“.

Die MBI fordern, dass das Land als Mitverursacher des Schlamassels einspringen und anders als bisher zu Lösungen beitragen muss.

Vorschläge, wie die Rücknahme der Grundsteuererhöhungsorgie „gegenfinanziert“ werden könnte:

- 1.) Das Land als Mitschuldiger übernimmt für das Jahr 2019 die dann fehlenden höchstens 16 Mio. €, denn das Land haftet schließlich für seine Kommunen. Die Stadt Mülheim mit ihrer bilanziellen Überschuldung ist eigentlich und de facto insolvent, so dass der Fall der Haftung durch das Land gegeben ist. Der Landesfinanzminister könnte das z.B. als Übernahme der städtischen Eigenleistung für die Flüchtlingsunterkunft und -betreuung deklarieren, weil die insolvente Stadt Mülheim diese von Bund und Land auferlegte Leistung selbst nicht mehr stemmen kann, ohne das Allgemeinwohl stark zu gefährden.
- 2.) Die hoffnungslos überschuldete Stadt Mülheim beginnt unverzüglich mit dem Einstieg in eine Art Sparmodus, d.h. mit einer Ausgabensperre, die anders als im letzten Jahr auch wirklich angewandt wird. „Natürlich“ könnten diverse Ausgaben, Zuschüsse u.ä. zumindest etwas reduziert werden, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten. So müssten nicht alle Empfänge der Stadt stattfinden, könnte auf das ein oder andere Gutachten verzichtet werden, könnte die Dienstwagenflotte reduziert werden u.v.m..
- 3.) Stadt und Aufsichtsbehörde des Landes müssen unverzüglich beginnen, eine Strategie zu entwickeln, wie gewisse Strukturen geändert werden müssen.

Das bisherige jahrelange „Nach mir die Sintflut“ türmte nur die bereits übergroß aufgetürmten Probleberge weiter auf! Ob nun mit oder ohne Sparkommissar: Der lange überfällige Einstieg auch in Mülheim in ernsthaftere Befassung mit Möglichkeiten für mittel- und längerfristige Strategien von Haushaltskonsolidierung muss beginnen. Kurzfristig ist schon lange alles verbaut. Kahlschlag-Sparorgien wie Erhöhung von KiTa-Gebühren oder die angedachte konzeptlose Schrumpfkur für den ÖPNV in Zeiten auch noch von drohenden Diesel-Fahrverboten sind indiskutabel. Dennoch oder gerade deshalb: **Schluss mit Prestigeprojekten, Umwegfinanzierung, „kreativer Buchführung“, Gutachteritis und Kirchturmspolitik!**

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Grundsteuerdemo: *“Hallo, wir sind auch noch da, wir bezahlen euch und wir missbilligen eure Misswirtschaft“*

Größte Kundgebung in Mülheim seit vielen, vielen Jahren demonstrierte: Lokalpolitik ist kein Ruhmesblatt für Verwaltung und Mehrheit der Kommunalpolitik inkl. der Lokalmedien

Weit über 1000 Menschen werden es gewesen sein, die am Valentinstag auf dem Rathausplatz für die Rücknahme der Grundsteuererhöhungsorgie von sage und schreibe 39% demonstrierten. Es waren vorwiegend wohl Eigenheimnutzer und nur wenige Mieter. Die haben das anscheinend entweder noch nicht mitbekommen oder sie sind (noch?) desinteressiert. Auch von den vielen Tausenden mit Migrationshintergrund, die zum weitaus größten Teil Mieter sind, war fast niemand erschienen. Dennoch war das die größte Demo oder Kundgebung, die Mülheim seit vielen, vielen Jahren gesehen hat. Wenn der Samstags-Kommentar der WAZ



meinte: „Augenfällig viele aus dem gutbürgerlichen Milieu waren gekommen, jene, die in dieser Menge lange nicht mehr in der Innenstadt zu sehen waren“, so ist das typische WAZ-Ideologie. So simpel ist das aber schon lange nicht mehr und die WAZ scheint es nicht zu interessieren, wie der Rest des Mittelstandes zusehends ausgequetscht wird.

Doch das passt zu dem schrägen WAZ-Artikel von einem Tag vor der Demo, mit dem einer Mitorganisatorin der Demo Nähe zu

Rechtspopulisten, wenn nicht gar Rechtsextremisten vorgeworfen wurde, bis die Frau schließlich ihre Teilnahme absagte. Mal unabhängig davon, dass die Frau weder bei den Vorbereitungstreffen, noch in verschiedenen Zeitungsartikeln zu der Demo durch rechtsradikale Sprüche o.ä. aufgefallen war, ist dieser gesamte Vorgang von Gesinnungsschnüffelei und Diskreditierung von Personen eher dem einstigen Arsenal der Stasi zuzuordnen.

Der MBI-Antrag, die Grundsteuererhöhungsorgie zurückzunehmen, wurde nicht abgestimmt. Die Verwaltung, sprich der Kämmerer, behauptete, das sei gesetzeswidrig, weil keine Gegenfinanzierung enthalten sei. Das stimmte zwar nicht, denn wir hatten vorgeschlagen, eine Ausgabenperre zu verhängen. Dann hätte man nicht weiter ungebremst neue Stellen ausschreiben können und eben auf viele freiwillige Ausgaben zumindest dieses Jahr verzichten müssen, um gleichzeitig endlich strukturelle Änderungen in die Wege zu leiten.

Unabhängig davon verbietet kein Gesetz dem Rat, eine Entscheidung zurückzunehmen. Als A. Kocks in seiner Rede der Stadt Gesprächsbereitschaft erklärt hatte, griff man das schnell auf, um scheinbar Bürgernähe zu demonstrieren, wenn nur die Grundsteuererhöhung nicht geändert würde. WAZ und Mülheimer Woche jublieren, dass nun „die Politik“ wieder mit den Bürgern spreche.

Ja, dieser Dialog war überfällig, um die vor die Wand gefahrene Stadt überhaupt wieder in den Griff bekommen zu können. Doch das wäre nur zielführend gewesen, wenn der Rat der Bevölkerung auch eingestanden hätte, einen schweren Fehler gemacht zu haben und diesen auch revidiert hätte. b.w.

Weil die BAMH uns in den Rücken fiel und die verschiedenen linken Gruppierungen, die die Grundsteuererhöhung ablehnten, sich ganz heraus hielten, verzichteten wir nach längerem Zögern schweren Herzens auf die Abstimmung über unseren MBI-Antrag und wir ließen ihn auf die nächste Ratssitzung vertagen. Die vielen Menschen haben demonstriert für die Rücknahme der



Grundsteuererhöhung. Das misslang leider. Dennoch: Viele Menschen haben den abgehobenen Mülheimer Kommunalpolitikern zumindest eines sinngemäß so klar gemacht:

„Hallo, wir sind auch noch da, wir bezahlen Euch und wir missbilligen eure Misswirtschaft“

Alles in allem zwar kein Glanzstück für die kränkelnde kommunale Demokratie in Mülheim, aber auch nicht für die Berichterstattung der Lokalmedien!

Doch was soll's: Die Kommunalwahlen 2020 rücken näher

Der Mülheimer Katastrophenhaushalt in Zahlen

Auf der mit über 1000 Teilnehmern sehr gut besuchten Kundgebung gegen die fantasie- und perspektivlose Grundsteuererhöhung hatte Sven Weisenhaus folgende Ausführungen zu der anhaltenden irrwitzigen Mülheimer Misswirtschaft vorgetragen. Er war einverstanden, dass wir diese weiter verbreiten.

Einnahmen der Stadt Mülheim

2012: 574 Mio. €

2019: 835 Mio. €

+45 % binnen 7 Jahren

Transferaufwendungen:

2009: 237 Mio. € (168.900 Einwohner, 965 € je Einwohner)

2012: 257 Mio. € 45% (168.500 Einwohner, 1.024 € je Einwohner)

2019: 395 Mio. € 47% (2017: 171.000 Einwohner, 1.521 € je Einwohner)

+54 % binnen 7 Jahren

Personalaufwendungen:

2009: 103 Mio. €

2012: 137 Mio. € (Anteil: 21,7 %) Ziel 2015: 128 Mio. €

2019: 183 Mio. € (Anteil: 22,7 %)

+34 % binnen 7 Jahren

Ziel 2022: 189 Mio. €

Personal:

Beamte:

2010 - 2012: 709 (674)

2019: 629 (578)

Zahl der tariflich Beschäftigten:

2010: 1.431 (1.368)

2012: 1.928

2019: 2.107 (1.805)

437 mehr tariflich Beschäftigte bzw. +32 %

Grundsteuer B: von 1997 bis 2011 500 % (14 Jahre unverändert)

2011 530%, je Einwohner 196 €

2013 560 % je Einwohner 208 €

2015 640 % je Einwohner 243 €

2019 890 % je Einwohner 338 €

binnen 8 Jahren um 78 % erhöht

Die Zahlen sprechen für sich. Über viele Jahre haben die MBI auf die Ursachen hingewiesen und eindringlich vor dem absehbaren Absturz gewarnt. Die MBI trafen aber nur auf taube Ohren in Mülheim und zgedrückte Augen in Düsseldorf!!

